

# Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer,  
Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Er erscheint Sonnabends, Bezugspr. 3 M., u. Krebzb. 4 M. vierteljährlich. Schriftl. u. Gesch. Postk.: Hamb. 36, Alter-Terrasse 10. Spfr.: Nordsee 8246. Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598  
46. Jahrgang **Hamburg, 9. April 1932** Nummer 15

## Am Vorabend wichtiger Entscheidungen

In den nächsten Wochen steht die gesamte deutsche Arbeiterschaft vor schwerwiegenden Entscheidungen. Am 10. April erfolgt die zweite Abstimmung über die Wahl des Reichspräsidenten, in der vollendet werden muß, was am 13. März verheißungsvoll begonnen wurde. An diesem Tage muß Hitler so entscheidend geschlagen werden, daß er von der Aussichtslosigkeit seiner legalen Machtergreifung ein für allemal überzeugt ist. Und wie ihm, muß es seinem Gegenspieler Thälmann ergehen, dessen Kandidatur für den zweiten Wahlgang, nachdem man für den ersten wenigstens noch das Moment der Stimmzählung ins Feld führen konnte, jeden Sinn verloren hat.

Schon am 24. April werden die Wähler in Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt erneut an die Wahlurne gerufen. Es gilt, die Landesparlamente zu wählen. Auch diese Wahlen sind von ungeheurer Wichtigkeit; denn es wird sich bei ihnen entscheiden, ob weiter nach demokratischen Prinzipien oder nach faschistischer Willkür regiert werden soll. Das größte Interesse findet selbstverständlich die Preußenwahl, denn um Preußen wird ein Kampf entbrennen, wie er einzig in der Geschichte der preussischen Wahlkämpfe zu verzeichnen sein wird. Die Nationalsozialisten machen sich die größten Hoffnungen, in Preußen das Szepter in die Hand zu bekommen und von hier aus das Reich zu erobern. Schon längst ist ihnen die jetzige preussische Regierung mit Otto Braun an der Spitze und Severing als Innenminister ein Dorn im Auge, so daß es verständlich ist, wenn sie bei dieser Wahl alles daransetzen, um das Ziel, die Regierung im größten Land an sich zu reißen, zu verwirklichen. Wehe der Arbeiterschaft, wenn die Nationalsozialisten ihr Vorhaben gelingt und sie aus Preußen ein zweites Braunschweig machen. Ja, es ist anzunehmen, daß sie im Falle eines Sieges hier noch viel schärfer vorgehen und alles, was von der ihnen verhassten Preußenregierung in mehr als einem Jahrzehnt zäher, vorbildlicher Arbeit aufgerichtet wurde, in kurzer Zeit zerschlagen würden.

Das Parteibuchbeamtenamt, dessen Förderung man der jetzigen Preußenregierung zu Unrecht vorwirft, würde dann zum vorherrschenden. Die Preußenwahl muß unbedingt eine klare Entscheidung gegen die Nazis bringen, aber auch gegen die Kommunisten, denn wie das Hamburger Beispiel zeigt, ist ein Parlament, in dem Nationalsozialisten und Kommunisten die Mehrheit haben, oder in dem keine klaren Mehrheitsverhältnisse vorhanden sind, arbeitsunfähig.

Nun, die erste Abstimmung bei der Reichspräsidentenwahl hat bereits gezeigt, daß die organisierten deutschen Arbeiter Hitler und die Nazi-Regierungsmethoden entschieden ablehnen. Sie haben das verräterische Spiel der Nazis durchschaut und werden sich ihrer zu erwehren wissen. Durch die „Eiserne Front“ ist ein Damm aufgerichtet, der das weitere Steigen der nationalsozialistischen Flut unmöglich macht. Nazis und Nazis haben sich getäuscht, sie haben die „Eiserne Front“ anfangs oft lächerlich zu machen versucht, müssen aber jetzt schon zugeben, daß sie sich in deren Stärke und der ihr innewohnenden Kampfkraft getäuscht haben. Wenn die in der „Eisernen Front“ zusammengeschlossenen Organisationen und Massen auch in den vor uns liegenden politischen Kämpfen ihre volle Pflicht tun, werden weder die Nationalsozialisten noch die Kommunisten zu ihrem Ziele gelangen.

Neben den politischen sind aber auch wirtschaftlich wichtige Fragen einer Lösung zuzuführen. Die ungeheure Arbeitslosigkeit erfordert gebieterisch Maßnahmen zur Anfurberung der Wirtschaft. Es müssen von der Regierung endlich Wege eingeschlagen werden, die dem Millionenheer der Arbeitslosen die Möglichkeit geben, wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert zu werden. Der Krisenkongreß des IGB, von dessen Verschlebung auf etwa Mitte April schon aufmerksam gemacht wurde, wird die energische Forderung aller Gewerkschaften auf Arbeitsbeschaffung erheben und der

Regierung deutlich machen, wohin sie steuert, wenn sie nicht den Forderungen der Gewerkschaften als den Erzhändlern der Arbeiter Rechnung trägt. Dem deutschen Arbeiter ist unendlich viel zugemutet worden, er hat auf

### Vor allem Solidarität!

Kein Wort in der deutschen Gewerkschaftsbewegung hat einen besseren Klang wie das Wort Solidarität. Engste Zusammengehörigkeit und Waffenbrüderschaft, gemeinsames Wollen und Vorgehen sind in ihm ausgedrückt.

**Die Geschichte unseres Verbandes beweist, welche vorbildliche Solidarität unter den Malern, Lackierern, Anstreichern, Tünchern und Weißbindern Deutschlands bei Kämpfen und sonstigen Gelegenheiten geübt wurde und auch heute noch geübt wird.**

Die gewerkschaftlichen Erfolge, von denen in den Jahrbüchern unseres Verbandes berichtet wird, und nicht zuletzt die Unterstellungen der durch Arbeitslosigkeit und Krankheit oder sonstige Wechselläufe des Lebens in den genannten Kollegen, waren nur möglich durch eine vom Geist echter Solidarität getragene Organisation. Solidarität heißt aber nicht nur Verbundenheit der Berufscollegen; sondern auch enge Gemeinschaft mit der gesamten deutschen und internationalen Arbeiterschaft.

**Einer für alle, alle für einen, soll der Leitspruch jeglichen gewerkschaftlichen Handelns sein.**

*Paul Kluwe*

Grund seiner durch die gewerkschaftliche Erziehung erhaltenen Einsicht stillgehalten. Aber nun ist er am Ende seiner Geduld, er will wieder arbeiten und nicht mehr auf die fargen Unterstützungen angewiesen sein. Es ist ein trauriges Zeichen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, wenn es noch nicht einmal möglich ist, die in der ganzen Welt anerkannten fachlich tüchtigen, intelligenten deutschen Arbeiter zu beschäftigen. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn unter diesen Umständen der Ruf nach einer völligen Umstellung dieser anarchischen und chaotischen Wirtschaft immer lauter ertönt. Geschieht nicht bald etwas Durchgreifendes, könnte es zu spät sein. Das ist es, was der Krisenkongreß der Regierung plastisch vor Augen führen muß. Nachdem unsere Kollegen seit Monaten zu 90% arbeitslos sind, haben sie an den Fragen der Arbeitsbeschaffung ein ganz besonderes Interesse.

Unsere Organisation steht in den nächsten Wochen noch vor einer weiteren wichtigen, jedes Mitglied berührenden Entscheidung. In der zweiten Hälfte des April beginnen die Lohnverhandlungen. Daß diese in der jetzigen Zeit besonders schwierig sein werden, wird von niemand bestritten werden können. Die Arbeitgeber wollen die Situation benutzen, um einen weiteren, diesmal gehörigen Lohnabbau vorzunehmen. Sie möchten die Löhne auf die Friedenslöhne aufbauen, ohne zu berücksichtigen, welche Veränderungen seitdem im wirtschaftlichen und politischen Leben eingetreten sind. Es bedarf keines besondern Hinweises, daß alles versucht werden wird, um dem Vorstoß der Arbeitgeber entsprechend zu begegnen.

Die nächsten Wochen werden an uns und die gesamte deutsche Arbeiterschaft also große Anforderungen stellen. Es gilt, politisch den Ansturm der Nationalsozialisten auf die Länderparlamente abzuschlagen; denn nur wenn dies

gelingt, ist die Hoffnung auf allmähliche Erleichterung des Loses der Arbeiterschaft gerechtfertigt. Die Herrschaft der Nazis im größten deutschen Land, in Preußen, und den wichtigen andern Länderregierungen würde der Arbeiterschaft weitere Jahre schwersten Leides bringen; denn unter ihrer Herrschaft würde das Chaos in der Wirtschaft und im Staat den Höhepunkt erreichen. Darum, Kollegen, hinein in die Eiserne Front, hinein in die Sammelkassen der Gewerkschaften! Rechnet am 10. und 24. April ab mit Hitler und seinen Trabanten.

### IGB. und Bekämpfung der Krise

Eine Ausschusssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom 16. bis 18. März in Bern, die von dem Vorsitzenden Citrine geleitet wurde, nahm den Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs Schevenels entgegen. Danach belief sich die der Internationale angeschlossene Mitgliederzahl Ende 1931 auf rund 14 Millionen. Die Tätigkeit des IGB. konzentrierte sich in der Berichtsperiode vor allem auf die Wirtschaftsprüfung, die Sozialpolitik sowie den Kampf gegen Krieg und Faschismus und für die Abrüstung. Beim IGB. ist eine Wirtschaftsabteilung errichtet worden, die den Landeszentralen und internationalen Berufssekretariaten mit Material dienen soll. Souhaur, Frankreich, berichtete über die Tätigkeit der Arbeitergruppe des Internationalen Arbeitsamts, wobei er auf die erfreulich enge Zusammenarbeit zwischen der Arbeitergruppe und den internationalen Berufssekretariaten hinwies. Die Arbeitergruppe wird auf der nächsten internationalen Arbeitskonferenz eine Entschuldigungsaktion der 40-Stunden-Woche einbringen, wofür im Plenum eine Abstimmung verlangt wird. Von Mertens wurde der Ausarbeitung ein Entwurf für sozialpolitischen Richtlinien des IGB. vorgelegt, über den in einer späteren Sitzung endgültig entschieden werden soll. Ein Aktionsprogramm für 1932/33, vorgelegt vom Generalsekretär Schevenels, wurde angenommen. Letzter erstattete ein ausführliches Referat über die Wirtschaftslage. Er bezeichnete als die dringlichsten Aufgaben zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise:

Die Länder, die den Goldstandard aufgegeben haben, müssen unverzüglich eine Stabilisierung der Währungen vornehmen. Länder, deren Währungen bedroht sind, müssen mit aller Kraft für die Erhaltung ihrer Währung eintreten. Die kapitalkräftigen Länder, die nicht vom Währungsverfall bedroht sind, haben die Pflicht, ihren schwächeren Nachbarn zu helfen. Es hat keinen Zweck, auf dem Gebiete der internationalen Handelspolitik weitere Vorschläge zu machen, ehe nicht diese entscheidenden Voraussetzungen für eine Wiederbelebung des Weltverkehrs geschaffen sind.

Man muß die Arbeitslosigkeit sozusagen künstlich zum Verschwinden bringen, indem man die vorhandene Arbeit auf mehr Hände verteilt. Die gewerkschaftliche Forderung auf gesetzliche Einführung der 40-Stunden- bzw. 5-Tage-Woche ist leider von den meisten Regierungen nicht aufgenommen worden. Die Unternehmer wollen nicht anerkennen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur eine Forderung der Gegenwart, sondern auch eine notwendige Maßnahme für die Zukunft darstellt. Denn auch in besseren Zeiten werden längst nicht alle Arbeiter, die jetzt erwerbslos sind, bei mehr als vierzigstündiger Arbeitszeit wieder in Arbeit gebracht werden können.

Die Arbeitslosigkeit muß darüber hinaus auf natürlichem Wege zum Verschwinden gebracht werden. Infolge des Versagens der privaten Wirtschaft ist der einzige gangbare Weg hierzu ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das von der öffentlichen Hand ausgeht. Deswegen begrüßen wir den Plan einer internationalen Arbeitsbeschaffung, der vom Internationalen Arbeitsamt aufgestellt worden ist, und bedauern es, daß die Bedenken gegen die Durchführbarkeit dieses Planes drohen, diese fruchtbare Idee zum Scheitern zu bringen.

Die Finanzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms erfordert besondere Anstrengungen. Eine gewisse Vorarbeit hat bereits der Goldausschuß des Völkerbundes geleistet. Genosse Souhaur schlägt vor, daß die Notenbanken der europäischen Länder mit Goldüberschuß einen Teil ihrer Goldreserven für eine Arbeitsbeschaffungsanleihe zur Verfügung stellen. Ein weitergehender Plan, der die aktive Mitwirkung auch der kapitalschwachen Länder ohne Goldüberschuß vorsieht, ist von einem Sachverständigen-Ausschuß des IGB. Ende vorigen Jahres ausgearbeitet worden. Wenn auch über diesen Plan das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, so sollten doch die Gewerkschaften aller Länder unablässig ein Arbeitsbeschaffungsprogramm fordern und ihre Regierungen

# AN ALLE GEWERKSCHAFTSMITGLIEDER!

## Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Am 13. März habt Ihr Hitler geschlagen.

Ihr habt die erste Schlacht gewonnen. Jetzt gilt es, Euren Sieg auszunützen. Die Reihen Eurer Feinde sind erschüttert. Sie müssen zum zweiten Male und noch vernichtender geschlagen werden.

Keiner darf am 10. April an der Wahlurne fehlen. Wer sich der Stimme enthält, ist fahnenflüchtig. Wer jetzt noch seine Stimme Thälmann gibt, ist ein politischer Narr. Wer für Hitler stimmt, schmiedet sich und Euch neue Ketten.

### Jede Stimme für Hindenburg ist ein Hammerschlag gegen die Feinde Eurer Freiheit!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund  
Leipart

Allgemeiner freier Angestellten-Bund  
Aufhäuser

Allgemeiner Deutscher Beamten-Bund  
Falkenberg

veranlassen, die Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes tatkräftig zu unterstützen.

Es ist bezeichnend, daß die Krisenkongresse, die in letzter Zeit von einigen unserer Landeszentralen einberufen worden sind, sich mit verstärkter Energie für einen Umbau der Wirtschaft ausgesprochen haben. In der Tat ist das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht imstande, den Weg aus der Krise zu zeigen. Sein Automatismus hat versagt, seine Selbstheilungskräfte sind unwirksam geworden. Nur eine planmäßige Bewirtschaftung der Produktivkräfte durch die Allgemeinheit kann diese Krise überwinden. Die Förderung und Ausweitung der öffentlichen Wirtschaft ist daher eine dringliche Aufgabe der Gewerkschaften.

Leipart schloß seine inhaltsreichen Ausführungen mit dem Satz:

Wir brauchen keine Worte mehr, wir wollen endlich Taten sehen, damit die Welt wieder ein friedlicheres Antlitz erhält, — damit die Menschheit endlich glücklich werde!

### Sitzung des Verbandsvorstandes mit den Bezirksleitern

In Nummer 14 des „Maler“ wurde schon kurz auf die am 25. März in Hamburg abgehaltene Sitzung hingewiesen, in der die zur Zeit vorliegenden Fragen behandelt wurden. Der Verbandsvorstand, Kollege Baz, leitete die Aussprache mit einem Referat ein, in dem er zu den wirtschaftlichen und beruflichen Fragen Stellung nahm. Die Mitgliederentwicklung in unserm Verband sei in Anbetracht der ungünstigeren Wirtschaftskrise befriedigend. Der prozentuale größere Rückgang in der Lehrlingsabteilung mache eine Nachprüfung der dafür in Betracht kommenden Momente notwendig. Die Vorgänge im Reichsbund des deutschen Maler- und Lackierhandwerks müßten unsere volle Aufmerksamkeit finden, weil daraus Komplikationen für unser Tarif- und Lohnverhältnis entstehen könnten. Vom 4. bis 10. April solle eine Werbewoche des Reichsausschusses für Sachwerterhaltung durchgeführt werden, die auch unsere Unterstützung finden müsse. Leider seien die dem Reichsausschuß zur Verfügung stehenden Mittel recht gering. Auch im Fachauschuß für Anstrichtechnik arbeite unsere Organisation zum besten des gesamten Gewerbes mit.

Die jetzige Krisenzeit habe eine Reihe Sparmaßnahmen notwendig gemacht. Nicht mehr unbedingt erforderliche Hilfskräfte seien abgebaut worden. Ob noch weitere Einsparungen möglich seien, werde untersucht. Die zu Weihnachten ausgezahlte Sonderunterstützung habe die beachtlichste Wirkung gehabt. Es seien dafür 170 000 M. aufgewendet worden. Eine wichtige Frage sei die Betreuung der Arbeitslosen, besonders der Jugendlichen, durch die Verbände. Damit habe sich auch schon der Bundesauschuß des DGB beschäftigt. Es gelte nicht nur, die arbeitslosen Kollegen dem Verband zu erhalten, sondern es tauche auch die Frage auf, wie man die arbeitslosen nicht organisierten Kollegen für den Verband gewinnen könne. Auch die Bestrebungen hinsichtlich des freiwilligen Arbeitsdienstes würden von den Gewerkschaften genau verfolgt. Einen wenn auch geringen Lichtblick ließen die Arbeitsbeschaffungspläne der Reichsregierung und des Reichswirtschaftsrates zu, doch sei es notwendig, daß die Gewerkschaften die verantwortlichen Stellen auf diesem Gebiet vorantreiben.

Kollege Ringel berichtete über den Vermögensstand des Verbandes. An Vergleichen zwischen den Jahren 1928 bis 1931 zeigte er die Entwicklung. Im Jahre 1931 hätten die Einnahmen nicht mehr ausgereicht, um die Ausgaben zu decken.

In der lebhaften Aussprache wurden die Ausführungen der Kollegen Baz und Ringel unterstrichen und teils ergänzt. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes unbedingt geändert werden müßten, denn sonst hätte ein ausgezeichneter Kollege kaum noch die Möglichkeit wieder in den Genuss der Arbeitslosenunterstützung zu kommen. Es müsse weiter dafür gekämpft werden, daß nicht alle Arbeiter nur noch von den Meistern mit ihren Lehrlingen angeführt würden. Der Reichsjugendleiter, Kollege Partsch, benutzte die Gelegenheit, um über den Stand der Lehrlingsabteilung zu sprechen, und die Gründe zu untersuchen, die für den Rückgang der organisierten Lehrlinge maßgebend sind. Wichtig sei, die besten Kollegen als Jugendleiter einzunehmen und noch mehr als bisher der fachlichen Weiterbildung der Jungkollegen durch unsere Abteilungen Beachtung zu schenken. Kollege Schwabe berichtete über das Ergebnis einer Umfrage in bezug auf

Berufskrankheiten. Darüber wird noch im „Maler“ näheres mitgeteilt werden.

Kollege Baz sprach dann über den Plan des Verbandsvorstandes, nach Pfingsten innerhalb 8 Tagen etwa 185 Mitgliederversammlungen abzuhalten. Es soll dabei ein Austausch der Bezirksleiter vorgenommen werden. Außer ihnen werden die Mitglieder des Verbandsvorstandes und etwa 10 Filialangestellte in den Versammlungen reden. Die organisatorischen Vorbereitungen werden durch die Bezirksleiter in Verbindung mit dem Verbandsvorstand erfolgen.

Anschließend wurde vom Kollegen Baz zu den bevorstehenden Lohnverhandlungen Stellung genommen. Die Kündigung des Lohnabkommens durch den Reichsbund liege bereits vor, ebenfalls sei die Kündigung für den Bezirkstarif im Rheinland und Westfalen erfolgt. Der schlesische Malerbund habe die Kündigung ebenfalls beschlossen. Die Arbeitgeber wollen den Lohn von 1914 zur Grundlage der Verhandlungen machen, sie möchten die jetzige Krise und die auch für unsern Verband schwierige Situation benutzen, um ihre Wünsche und Forderungen möglichst reiflos zu verwirklichen. Dabei würden sie aber auf den schärfsten Widerstand unserer Organisation stoßen. Als Verhandlungstermin sei der 18. April in Aussicht genommen.

In der Debatte wurde den Ausführungen des Kollegen Baz einmütig zugestimmt.

### Unsere Jugendarbeit im Jahre 1931

Es war ein fast beispiellos schweres Jahr, über das wir in bezug auf unsere Verbandsjugendarbeit berichten wollen. Ein Rückschlag auch in der Jugendarbeit wäre darum nicht gerade verwunderlich gewesen. Von der Mitgliederzahl abgesehen, nichts von dem. Gilt es auch leider nicht für alle Jugendleiter und Filialverwaltungen, so gilt es doch für viele, daß in ihnen die rechte Erkenntnis wach wurde, daß gerade in schwerer und bedrängter Zeit intensive Arbeit dringend notwendig ist. Das Festhalten von ausreichenden Mitteln wurde ausgeglichen durch verstärkte Rührigkeit, und manches erfreuliche Beispiel hat manchen belehrt, daß und in welchem Ausmaße das möglich ist. Manche Jugendleiter entwickelten auch eine erstaunliche Findigkeit in der Aufführung von Hilfsmitteln.

Unsere Art ist es nicht, großes Aufheben von unserer Arbeit zu machen, die wir an der Jugend unseres Berufes zum Nutzen des Handwerks leisten. Weiße Kreise beginnen es aber zu schätzen, wie uns die wachsenden Äußerungen von Behördenvertretern gelegentlich unserer Ausstellungen und die Bekundungen von Eltern- und Berufsschulkreisen beweisen. Obwohl es andere Kreise gibt, die unsere Bemühungen entweder nicht sehen oder verkleinern wollen, wird doch die Einsicht auch auf sie übergreifen. Das beweist ein wiederholter neuerlicher Fall, den wieder eine unserer rührigsten Jugendabteilungen erlebte. Unter den Besuchern ihrer kürzlichen Ausstellung befanden sich nicht nur Behördenvertreter, die sich bewundernd und lobend äußerten, sondern auch der Obermeister und Mitglieder der Innung, die sich nicht nur gleichfalls rückhaltlos anerkennend äußerten, sondern auch angesichts der Ausstellungsarbeiten (Produkte eines halbjährigen Kurses) sowie der Fachliteratur unseres Verbandes ihrem Bestreben Ausdruck gaben, daß ihnen derartige bisher unbekannt blieb.

II. Einzig unerfreulich ist der Rückgang der Mitgliederzahl der Jugendabteilung von 8223 Ende des Jahres 1930 auf 6109 Ende des Berichtsjahres, auch dann, wenn dafür noch so einleuchtende Erklärungen gefunden werden können. Angesichts des weiten noch zu bearbeitenden Feldes — an 25 000 Lehrlinge erfaßte unsere Statistik, doch ist die wirkliche Zahl der vorhandenen Lehrlinge weit größer, da wir rein ländliche Gebiete in vielen Fällen nicht erfassen — wird es die vornehmste Aufgabe der Jugendleiter wie der Filialverwaltungen überhaupt sein, in nächster Zeit alle Kräfte auf die Werbung von Lehrlingen zu konzentrieren.

In 164 Filialen waren im 1. Halbjahr und in 163 Filialen im 2. Halbjahr Lehrlinge organisiert. Doch erklärt sich dieser Rückgang aus der Zusammenlegung zweier Filialen.

Jugendabteilungen wurden im 1. Halbjahr 120, im 2. Halbjahr 103 gemeldet. Wir müssen uns klar sein, daß es mit dieser Anzahl nicht sein Bewenden haben darf. Die Ueberorganisation in der Arbeiterjugendbewegung brauchen wir nicht zu fürchten; wenn wir den Jungkollegen berufliche und fachliche Fortbildung bieten, so haben wir stets einen Teil bei uns, das bewei-

die Erfahrungen zahlreicher Jugendabteilungen. Bei dieser Gelegenheit weisen wir daraufhin, daß die Veranstaltungen der Freien Gewerkschaftsjugend (des Freigewerkschaftlichen Jugendkartells) allein nicht genügen. Wir haben wichtige besondere Aufgaben, die erfüllt werden müssen.

97 Jugendabteilungen waren im 1. Halbjahr und 98 im 2. Halbjahr im Freigewerkschaftlichen Jugendkartell vertreten. Also eine beachtliche Anzahl immer noch nicht. Wir weisen auf die früher schon geltend gemachten Gründe hin, die den restlosen Anschluß bringend notwendig machen.

Die Zahl der über 18 Jahre alten Jugendfunktionäre betrug im 1. Halbjahr in 106 Jugendabteilungen 191 und im 2. Halbjahr in 114 Jugendabteilungen 195; die der Jugendfunktionäre unter 18 Jahren im 1. Halbjahr in 67 Jugendabteilungen 249, im 2. Halbjahr in 62 Abteilungen 219. Die Zahl der Jugendfunktionäre ist also gesunken, jedoch noch merklicher als aus diesen absoluten Zahlen ersichtlich, wenn man berücksichtigt, daß im 2. Halbjahr mehr Filialen berichtet haben, nämlich 180 gegenüber 161. Steht dieses Absinken der Funktionärzahl auch wahrscheinlich im Zusammenhang mit der rückgängigen Mitgliederzahl, so ist es doch bedauerlich; denn gerade die Erziehung zum Funktionär, zu einsatzfähigem verantwortlichen Handeln, ist besonders wichtig.

Das Durchschnittsalter der Jugendleiter ist mit 32 Jahren im 2. Halbjahr gegenüber dem 1. Halbjahr leicht angestiegen.

An Jugendheimen wurden benutzt: 34 eigene Räume, 28 öffentliche Jugendheime, 7 Schulräume und 37 Schankwirtschaften. Erfreulicherweise haben sich die Fälle verringert, da Alkohol während den Veranstaltungen ausgegänkt wird. Daß das im 1. Halbjahr noch in 12 Fällen zu, so im 2. Halbjahr nur in 6.

III. Die Gesamtzahl der Veranstaltungen ist gegenüber dem Vorjahre trotz der verstärkten Wirtschaftskrise gestiegen. Im Jahre 1930 fanden insgesamt 4078 Veranstaltungen statt; im Berichtsjahre waren es 4347. Noch stärker ist die Zunahme der Teilnehmer. Waren es 1930 insgesamt 38 646, so erfassten wir im Berichtsjahre in den Veranstaltungen 57 163. Stellt man noch den Mitgliederzuzug in Rechnung, so ergibt sich eine außerordentliche verstärkte Einbeziehung der Jungkollegen in die Jugendarbeit. Wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir diesen erfreulichen Tatbestand zum Teil auch auf die Vermehrung der fachlichen Veranstaltungen zurückführen.

Ausschlaggebend ist nachstehende Tabelle:

Sortenbezeichnung	Filialen		Anzahl der		Teilnehmer	
	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Anzahl der		1. Halbjahr	2. Halbjahr
			1. Halbjahr	2. Halbjahr		
<b>I. Fachliche Veranstaltungen</b>						
1. Einzelvorträge	59	52	229	209	2627	2725
2. Unterrichtskurse (Praktische Abendabende)	53	53	558	93	759	9382
3. Lichtbildführungen	18	19	26	32	376	565
4. Besichtigungen von Betrieben, Ausstell. usw.	39	35	57	61	766	784
<b>II. Allgemeine gewerkschaftliche Veranstaltungen</b>						
5. Einzelvorträge	49	47	135	142	2275	2034
6. Les- und Diskussionsabende	39	34	145	130	1986	1573
7. Sonstige Versammlungen (Elternversamml. usw.)	41	43	161	166	1885	2395
8. Lichtbild- und Filmvorführ.	26	38	45	81	674	1254
<b>III. Freizeitverwendung und -gestaltung</b>						
9. Spiel- u. Unterhaltungs- (Heim-) abende	32	48	216	330	2694	3730
10. Spiel- u. sportliche Veranstaltung i. Freien	20	26	101	146	1590	1451
11. Wanderungen	55	60	175	159	2226	1666
12. Ferienfahrten	10	8	26	26	182	142
13. Festliche Veranstaltungen	16	26	22	42	523	1404
14. Theater- und Konzertbesuche	19	20	75	49	961	691
15. Besuche von Museen, Galerien usw.	14	19	19	25	216	365

Im einzelnen ist dazu zu sagen, daß die Fachabende mehr und mehr kursartig, also zusammenhängend und systematisch, abgehalten werden, und daß auf fachlichem Gebiete die praktischen Übungen und Gemeinschaftsabende gegenüber den Vorträgen zu überwiegen beginnen. Weitere Folgerungen ergeben sich aus der Gegenüberstellung der Tabelle mit den Zahlenergebnissen früherer Jahre, wie sie unter anderem zu finden sind in den Jahrbüchern und im „Maler“, so für 1930 in Nr. 14 des Jahrgangs 1931, und aus der Tabelle selbst. In den Fachkursen wurden bevorzugt die Schrift- und Plakat-, die Holz- und Marmoralei. Aber auch Spritzkurse und Kurse, in denen Techniken und Fertigkeiten, die nur wenige Lehrlinge beim Lehrmeister erlernen, behandelt wurden, waren bevorzugt. Auch wurden Kurse, die sich mit der Raumgestaltung befaßten, abgehalten. Immer wieder hat sich das „Fachblatt für Maler“ als wertvoller Helfer erwiesen. Auch die Bücher des Fachblattverlages sind beliebt. — Die Vortragsthemen gewerkschaftlicher und

allgemeiner Art änderten sich gegen früher nur wenig. Als fast selbstverständlich kann man es ansehen, daß im Jahre 1931 nur wenige Jugendtreffen abgehalten wurden. Diese sind eben weitgehend eine Frage der verfügbaren Mittel des einzelnen wie der Organisation. Ein Verbandsjugendtreffen fand im 6. Verbandsbezirk am 26. Juli in Heidelberg statt. Der Verlauf war gut und die Teilnehmerzahl befriedigend. Unsere Jugendmitglieder im berlin-brandenburgischen und grenzmärkischen Gebiet werden beachtlich vertreten auf den Bezirksjugendtreffen des ADGB in Landsberg a. d. Warthe und Forst, d. L. am 30. August.

IV. Einen großen Auftrieb haben die Veranstaltungen für jugendliche Erwerbslose im Berichtsjahre erhalten. Die Behörden haben sich angesichts der großen Not der jugendlichen Erwerbslosen stärker mit ihrer Betreuung befaßt. Aus Mitteln der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurden entweder durch die Arbeitsämter selbst oder in Verbindung mit anderen Behörden sowie freien sozialpolitischen Vereinigungen und Gewerkschaften berufliche Fortbildungskurse, oft verbunden mit sozialer Wohlfahrt, veranstaltet. Es fand aber auch in vielen Fällen durch die Arbeitsämter eine Beurlaubung von freien Veranstaltungen sozialer Vereinigungen und Gewerkschaften statt. Leider scheinen viele Arbeitsämter von dieser Methode, die sich sehr bewährt hat und gute Erfolge zeitigte, eine gewisse Scheu zu haben.

Auch einer Anzahl Filialen unseres Verbandes gelang es, Zuschüsse zu derartigen Kursen zu erhalten. Jedoch war die Abhaltung derartiger Kurse nicht davon abhängig. Es haben weit mehr Kurse stattgefunden als bezuschußt wurden. Unsere Filialen haben erfreulicherweise diese Arbeit für sehr wichtig erachtet. Im folgenden bringen wir die Zahlen von Veranstaltungen, in denen irgendwelcher Form Mitglieder unseres Verbandes erfaßt wurden:

Es fanden in 45 Filialen 73 Veranstaltungen mit 1215 Teilnehmern (über 18 Jahre) statt. 42 der Veranstaltungen wurden unterstützt vom Arbeitsamt, 12 ausserdem von anderen Behörden. An Hilfsmitteln haben 2 unserer Filialen 1142 M. ausgegeben. Es wurden in diesen Kursen hauptsächlich Schleif-, Leinwand-, Dekorations-, Holz- und Marmorimitations- und Platarbeiten hergestellt. In vielen Fällen waren die Objekte Gegenstände (Schränke usw.) oder Räumlichkeiten von Behörden.

V. Der Gesamteindruck ist Leben - Aktivität. So muß es bleiben. Denn Aktivität ist in höherem Grade als auf andern Gebieten die Seele der Jugendarbeit. Sie muß aber noch gesteigert werden, vor allem in der Werbung. Hier harret noch immer ein weites Feld. Seine Bearbeitung wird aber nicht befriedigend möglich sein, wenn nicht auch jeder Verbandskollege sich verpflichtet fühlt, ein Werber der Jugend zu sein. Daß das nicht zuletzt auch im Interesse jedes einzelnen Verbandskollegen selbst liegt, haben wir früher schon einleuchtend begründet.

### Werb' unter den neuen Lehrlingen!

Beim Lesen dieser Zeilen wird mancher Kollege an seine Lehrzeit zurückdenken. Er wird sich erinnern, wie es ihm zumute war, als er zum ersten Male seine Schritte nach der Stätte lenkte, wo er seine Berufsausbildung genießen sollte. Welche Bemühungen waren zu überwinden, bis er sich an dem Plage wohlfühlte, den er später sogar lieb gewann. Wie steht es nun um jene, die dieses Jahr als Nachwuchs in unser Gewerbe kommen. Auch ihnen steht viel Neues bevor. Noch vor einigen Tagen waren sie in der Schule, jetzt stehen sie schon mitten im Erwerbsleben. Der Meister setzte ihnen bei ihrem Eintreten in die Lehre auseinander, daß vor allem Lust und Liebe zum Handwerk notwendig sei und daß man Eifer mitbringen müsse, wenn man etwas aus den Lehrjahren mit in das Leben hinausnehmen wolle. Auch den Gehilfen müsse man gehorchen.

Schnell sind die ersten Tage des neuen Lebens vorbei. Der Lehrling ist mit einem Gehilfen zusammen auf irgendeiner Arbeitsstelle. Der Gehilfe will sich nun einzeln Spaz machen, er schickt den Lehrling in die Werkstatt, die "Bogenschnur" oder sonst ein Werkzeug, das gar nicht existiert, zu holen. In welche Lage dadurch der Lehrling kommt, daran denkt er nicht, oder es ist gerade die Bedrängnis, in der der Neuling steckt, wenn er vom Meister etwas Unmögliches verlangt, das der Gehilfe will. Geht der Lehrling nicht in die Werkstatt, um den Auftrag auszuführen, weil ihm sein nüchterner Verstand sagt, daß das, was der Gehilfe verlangt, gar nicht vorhanden sein kann, setzt er sich der Gefahr aus, von dem Gehilfen scharf zurechtgewiesen zu werden. Das sind die äußeren Zeichen dieses Vorfalles. Die weiteren Folgen sind, daß im Innern des jungen Menschen Mißtrauen geboren wird und verhindert, daß zwischen Gehilfen und Lehrling Harmonie und Verständnis herrschen.

Die nächste Verbandsversammlung schließt der Vorsitzende mit einem Appell an die Anwesenden, daß sie eifrig für den Verband werben sollen, besonders unter den neuen Lehrlingen. Der letzte Lehrling gehört in die Jugendgruppe unseres Verbandes. Mit diesen Worten endigt sein Mahnruf.

Nun geht es auf den Arbeitsplätzen an die Werbung der neu eingetretenen Lehrlinge. Auch der oben erwähnte Gehilfe will, da er selbst organisiert ist, seine Pflicht gegenüber dem Verbandsverband tun und den Lehrling, dem er vor einigen Tagen noch einen Schabernack spielte, der Organisation zuführen. Aber nicht er allein hat dieses Bestreben. Im gleichen Geschäft arbeitet noch ein Kollege, der einer andern Gewerkschaftsrichtung angehört. Auch dieser versucht, den Lehrling von der Notwendigkeit seiner Verbandszugehörigkeit zu überzeugen. Er hat unsern Kollegen viel voraus, weil er sich dem Neuling gegenüber von Anfang an als Freund und Berater gezeigt hat. Muß dieser Lehrling, dem jedes Arbeitsvermögen über die gewerkschaftlichen Richtungen fehlt, sich, wenn er schon den Willen hat, sich zu organisieren, nicht zwangsläufig denen zuwenden, die ihn als Freund behandelten? Das wird die Regel sein.

### Drei Pfeile

Drei Pfeile fliegen gleiche Bahn,  
Sie stoßen vor, sie greifen an,  
Der erste Pfeil heißt Einigkeit  
Und spricht: trefft gut und seht bereit!  
Der zweite Pfeil heißt Disziplin  
Und spricht: den Feind, wir schlagen ihn!  
Der dritte Pfeil heißt Aktivität  
Und spricht: vorwärts, ehe es zu spät!



Adolf, in dich ja beizieh  
vor den eisernen drei Pfeilen!

Der Gehilfe, der den Lehrling anfangs nicht als Kollegen ansah, hat nun einen schweren Stand, ja, sich die Werbearbeit vielleicht völlig unmöglich gemacht. Fragen wir einen solchen älteren Kollegen, warum er den Lehrling so behandelte, wird er uns antworten, daß es ihm in seiner Lehrzeit genau so ergangen ist. Diese Ausrede ist aber eines gewerkschaftlich organisierten Kollegen unwürdig.

Kollegen, versucht, den Nachwuchs für unsere gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen, indem Ihr ihm, bei welcher Gelegenheit es auch sei, Vorbild und würdiges Beispiel seid. Schützt sie vor Uebergriffen von seiten des Meisters und unaufgeklärter Gehilfen. Stärkt in den neuen Lehrlingen das Vertrauen zu Euch. Schon in der Stunde, wo sie den Fuß über die Schwelle des Arbeitszuges setzen, muß es den neuen Lehrlingen zur Gewissheit werden, daß sie in Euch in Freud und Leid Gefährten und Kampfgenossen gefunden haben. Kämpft mit den Lehrlingen und Jungkollegen Seite an Seite, und die junge Generation wird zu uns gehören.

Fritz Herrmann, Koburg.

### Die Stellung der Arbeiterschaft zur Rassenfrage

Zu den eisernen Bestandteilen der "nationalen" Agitation gehört auch eine rassistische Propaganda. In dieser wird kurz zusammengefaßt folgendes behauptet: Es gibt unter den Menschenrassen, hoch- und tiefstehende, schöpferische und unerschöpfliche. Die höchste und beste ist die jüdische Rasse. Die jüdische Rasse hat die älteste und beste Kultur, sie hat immer befruchtend auf alle andern Rassen eingewirkt. Daher, so sagen die Nazis, treiben wir Rassenzucht, oder vorsichtig ausgedrückt, Propaganda für den nordischen Menschen. Sie empfehlen eine Zuchtwahl - Vorsicht bei der Gattenwahl nennen sie es - Vertiefung des Familienlebens, Kinderreichtum, Ausmerzungen aller Fremdländischen aus dem deutschen Volkstörper usw. Als ökonomische Hilfsmittel verlangen sie die Bodenreform, Befundung des Siedungswesens, Regelung der Einwanderung. Die Nazis spekulieren hierbei auf die allgemeine Unkenntnis der breiten Massen über die Rassenfrage. Tatsächlich herrschen auch über diese Dinge noch sehr falsche Vorstellungen.

Es ist leider nicht möglich, im Rahmen eines Zeitungsartikels auf das ganze Problem einzugehen und die Undurchführbarkeit und Unhaltbarkeit der umfangreichen nationalen Rassenpropaganda zu widerlegen. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß dazu schon umfangreiche Bücher geschrieben wurden. Die Behauptung, daß die jüdische Rasse eine geistige Vorherrschaft ausübt und andern Rassen überlegen ist, ist kulturhistorisch eine Unwahrheit. Jeder, der sich einmal etwas eingehender mit anthropologischen Studien befaßt hat, wird bald zu dieser Erkenntnis kommen.

Die Stellungnahme der Arbeiterschaft zur Rassenfrage ist kurz und klar in den Worten ausgedrückt: Gleiches Recht für alles, was Menschenanständig trägt.

Kein denkender und aufgeklärter Arbeiter wird auf die Rassenpropaganda der Nazis hereinfallen. Wenn es ihnen dennoch gelungen ist, Teile der gewerkschaftlich indifferenter Arbeiterschaft einzufangen, so ist es unsere Aufgabe, diese Leute aufzuklären und ihnen die Undurchführbarkeit oder die eventuellen Folgen einer Rassenherrschaft zu zeigen. Ein sehr gutes Beispiel aus den letzten Jahren haben wir dabei an den Zionisten. Man lese einmal die erschütternden Schilderungen, die der jüdische Schriftsteller Politischer über die Leiden seiner Volksgenossen in Palästina gibt. (Politischer: Das unruhige Asien.) Man hat den Versuch gemacht, dem jüdischen Volke, das noch am meisten blutbewußt ist und sich noch am meisten rasserein erhalten hat, eine Heimat zu geben. Ein geschickter Schachzug Englands, unter dem Deckmantel der Humanität, war es, die Juden als Sturmblod und Abenteurerkörper gegen die mohamedanischen Araber zu gebrauchen. Aber es ist noch nicht das Schlimmste, daß sie nun von den Arabern auf Tod und Leben bekämpft werden. Schlimmer werden sie von ihren eigenen Glaubens- und Rassengenossen ausgebeutet und behandelt. Auf dem Lande, in den Siedlungen schufen und fronden die Siedler unter den denkbar schwersten Bedingungen. In den Städten haben sich die Spekulanten, Wucherer und Schieber prächtige Paläste erbaut. Ganze Viertel davon sind in wenigen Jahren entstanden. Die Drohnen beuten ihre Blutgenossen ohne Strupel maßlos aus. Ein warnendes Beispiel, daß Rassenzugehörigkeit nicht im mindesten vor Ausbeutung schützt. Auch ein Rassenstaat ist ein Klassenstaat. Der Kapitalist beutet

den blutzugehörigen Artgenossen genau so aus wie den Fremdrassigen, die Agrarier den polnischen Schnitter, die Grundbesitzer den polnischen Bergflaven. Erinnern wir uns der Tatsache, daß unsere ostelbischen Junker in der Vorkriegszeit ernstlich die Einfuhr chinesischer Kulis forderten. Es ist schon schlimm genug, daß die Völker durch politische Grenzen getrennt sind, daß nationaler Haß und Vorurteile sowie Sprachschwierigkeiten die Verständigung erschweren. Rassengegensätze würden sie schließlich ganz unmöglich machen. Ein Anspruch der Germanophilen auf eine besondere bevorzugte Stellung und Vorherrschaft der nordischen Rasse ist durch nichts begründet. Es kommt ja auch nicht darauf an, welches Volk die älteste und beste Kultur aufzuweisen hat, sondern vor allen Dingen, welchen Anteil haben die Volksgenossen an den kulturellen Errungenschaften. Was kann es dem Arbeiter nützen, wenn eine Oberschicht die Annehmlichkeiten einer raffinierten und verfeinerten Kultur für sich in Anspruch nimmt und die große Masse des Volkes hat keinen Anteil daran. Wie die Dinge in dieser Beziehung heute noch stehen, weiß jeder Arbeiter. In diesem Zustand wird durch eine Rassenvorherrschaft nichts geändert. Es drohen damit nur noch weitere Verschlechterungen, zum Beispiel Wahlrechtsraub, und Drofflung beziehungsweise Abschaffung der Sozialgesetzgebung. Gemütsmenschen unter den "Nationalen" wollen sich mit einer Unfruchtbarmachung aller Kranken und Schwachen nicht begnügen, sondern fordern deren völlige physische Vernichtung. Rassenherrschaft ist Gewalt Herrschaft, Aufzucht eines brutalen Herrenmenschentums.

Aber nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch würde eine solche Herrschaft katastrophale Folgen haben. Die Verfechter des nordischen Gedankens waren bisher immer die treibende Kraft einer imperialistischen Expansionspolitik. Sie möchten eine Vorherrschaft der Germanen über die andern Völker errichten. Der Gedanke einer Völkervereinigung und -verständigung wäre damit begraben.

Es gibt allerdings bei andern Völkern ähnliche Erscheinungen, die für ihre Völker und Rassen dasselbe fordern wie die Nazis und ihnen geistig nahestehende Gruppen bei uns, zum Beispiel der Panславismus. Wenn die französischen Imperialisten sich als die "Grande Nation" bezeichnen, die Engländer als "Herrscher des Meeres", die Juden als das "ausgewählte Volk", so ist das im Grunde das gleiche. Die Vorherrschaft der Rassenpropagandisten brachte den Kampf, Rasse gegen Rasse.

Weil die Arbeiterschaft dabei nur verlieren könnte und weil sie weiß, daß die Rassenpropaganda nur der weiteren und noch größeren Knechtung der Arbeiter dienen soll, deshalb lehnt sie die besonders von den Nazis vertretene Rassenlehre entschieden ab.

Emund Böttcher.

### Hitler als Sommerbediener

Das jährliche Einkommen, Hitler als Arbeiterführer machte die Wochenschrift "Die Tribüne" vor kurzem recht erbauliche Mitteilungen. Danach erhält Hitler die Hälfte aller Einkünfte aus dem nationalsozialistischen Cher-Verlag in München, in dem sämtliche nationalsozialistischen Druckschriften, unter andern der "Völkische Beobachter" und der "Illustrierte Beobachter" erscheinen. Hitler erhielt aus diesem Verlag im verfloffenen Jahre 240 000 M. Dazu kommt sein Gehalt, das er als Oberbonze der Nazi-Partei bezieht, nämlich 1100 M. monatlich. Weiter erhält Hitler 20 Prozent der Gesamteinnahme aller Versammlungen, in denen er als Redner auftritt. Das bedeutet für ihn bei rund 130 derartigen Versammlungen im Jahre 1931 eine Einnahme von 200 000 M. Man muß hierbei berücksichtigen, daß in manchen Versammlungen von den Zuhörern ganz erhebliche Eintrittsgelder entrichtet werden; diese sind um so höher, je zahlungsfähiger das Publikum ist, das durch Hitlers Geist erleuchtet werden will. Neuerdings hat er noch eine Einnahmesteigerung zu verzeichnen, da er ja braunschweigischer Regierungsrat geworden ist. Für diese "Tätigkeit" bezieht der Scharlatan ein Jahresgehalt von 5238 M. Sollte er nach Wolans unerforschlichem Ratsschluß arbeitsunfähig werden, so erhält er eine Pension von 35 Prozent dieses Gehalts. Wenn man diese Bezüge summiert, so ergibt sich eine Gesamteinnahme von 445 000 M. im Jahre. Dementsprechend kann Hitler auch seine Lebenshaltung einrichten. Bei seinen Besuchen bevorzugt er die teuersten Hotels. In Berlin gastiert er zum Beispiel im vornehmsten Diplomatenhôtel, im "Raiserhof". Jeder Tag, der ihn an Berlin festsetzt, kostet allein an Zimmermiete 150 M. So verdient und lebt Hitler, der "Arbeiterführer".

### Genossenschaftliches

#### Die Konsumgenossenschaften Mittler zwischen Produktion und Konsum.

Die Konsumgenossenschaften haben in jedem Lande eine besondere Bedeutung. Volkswirtschaftlich am bedeutendsten sind sie in England und in den nordischen Ländern. In Deutschland werden sie heftig befördert und überdies mit Sondersteuern zu erdrücken versucht. Der Ministerialdirektor Bollert vom preussischen Landwirtschaftsministerium hat Reisen nach den nordischen Ländern gemacht und teilt seine Ansichten im "Berliner Tageblatt" mit. Ueber die Konsumgenossenschaften in Schweden schreibt Bollert unter anderem folgendes: "Schweden hat eine Konsumgenossenschaftsbewegung erstreckt sich aus einer Wurzel über Stadt und Land; und dazu kommt noch ein anderes, in der Zusammenarbeit von Bauer und Verzehrer über den Weg der Konsumgenossenschaften scheint Schweden ein bahnbrechender Begleiter zu werden. Mehr als ein Fünftel der schwedischen Bevölkerung ist konsumgenossenschaftlich organisiert. Kerntrupp ist der Industriearbeiter. Aber mehr und mehr nimmt der Bauer teil. Vortrefflich

ist die Zusammenarbeit in den Konsumgenossenschaften auf dem Lande, wo der Bauer und der Industriearbeiter der einen Genossenschaft in Einklang angehören. Mit bemerkenswerter Zielstrebigkeit sind die Kartelle bekämpft worden, die dem Fortschritt der Nation im Wege waren — übrigens auch mit erfreulichem Erfolge. Kulturell bedeuten die Arbeitergenossenschaften in der Einrichtung der Verkaufsstellen, ihre Ausstattung, der Aufmachung der Ware einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt. Eine vortreffliche Bildungsanstalt der Konsumgenossenschaften bei Stockholm arbeitet an der Hebung der wirtschaftlichen und zugleich der kulturellen Leistungsfähigkeit ihrer Angestellten. Ein reiches und starkes geistiges Leben pulst in den schwedischen Konsumgenossenschaften: ein vortreffliches Nachrichtenblatt für die Mitglieder, ein bedeutsamer wissenschaftlicher Verlag, sind Zeugen dafür...

Auch in Deutschland könnte der Verkehr zwischen Verbraucher und Erzeuger bedeutend inniger sein, wenn wir es hierzulande nicht mit so beschränkten Elementen auf der Gegenseite zu tun hätten. Die Konsumgenossenschaften wären gern zur Zusammenarbeit bereit. Sie scheitert aber an den Bauern, da diese lieber in politischer Verhöhnung machen, als vernünftige wirtschaftliche Arbeit zu leisten.

## Sozialpolitisches

### Die Arbeitsvermittlung nach dem Ausland.

Der leider jetzt erst erschienene Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für das Jahr 1930 enthält auch Mitteilungen über die Arbeitsvermittlung nach dem Ausland. Im Jahre 1930 gelang es den öffentlichen Arbeitsämtern 9166 Arbeitnehmer nach dem Ausland zu vermitteln. Im Jahre 1929 betrug diese Zahl 4650. Zielländer waren hauptsächlich Frankreich, Holland, Desterreich und die Schweiz. Die Vermittlung nach Frankreich hat besonders zugenommen. Vom 1. April 1930 bis 1. April 1931 konnten rund 3500 deutsche Arbeiter, vor allem Bauarbeiter, daneben auch Metallarbeiter, nach dort vermittelt werden. Ueber die Vermittlung deutscher Arbeiter nach Rußland haben Verhandlungen zwischen den zuständigen deutschen und russischen Stellen stattgefunden, die jedoch bisher zu keinem Ergebnis geführt haben. Die Arbeitsvermittlung ins Ausland, besonders auch nach Frankreich, dürfte in Anbetracht der sich steigenden Arbeitslosigkeit noch geringer geworden sein.

### Unbelehrbare Wirtschaftsführer.

Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist zu einer wirtschaftspolitischen Sitzung zusammengetreten. Man wandte sich gegen die englischen Schutzzölle und stellte fest, daß die Grundlage des deutsch-englischen Handelsvertrags einseitig zugunsten Deutschlands verschoben worden sei. Von der Reichsregierung wird erwartet, daß die deutsche Industrie durch diese einseitige Vormachtstellung Englands nicht geschädigt würde. Bezüglich der sozialpolitischen Fragen hat man den alten Kurs festgehalten. Es müsse nach Meinung des Präsidiums des Reichsverbandes „auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen ein Zustand geschaffen werden, der freie Vereinbarungen über Arbeitslohn und Arbeitszeit ermöglicht“. Man glaube diese Forderung durch den Zusatz schmähter zu machen, daß dadurch mehr Arbeitskräfte wieder Beschäftigung finden könnten. Leider ist das keineswegs bewiesen. Die seit einem Jahr eifrig betriebene Herabsetzung der Löhne hat die Krise keineswegs gemildert, sondern sogar verschärft. Es ist bezeichnend, daß der Reichsverband der deutschen Industrie den reaktionären Kurs innehält und ihn immer wieder in öffentlichen Verlautbarungen betont.

### Veränderungen in der Hauszinssteuer.

Die preussische Regierung hat unterm 9. März eine Verordnung zur Abänderung der Hauszinssteuerverordnung erlassen. Unter anderem wird in dieser Verordnung die Vergünstigung für zahlungsunfähige Mieter, die bisher Stundung oder Niedererschlagung des in der Miete enthaltenen Hauszinssteueranteils erhielten, neu festgelegt für die Fälle, in denen die Hauszinssteuer von den Hausbesitzern abgelöst wird. Demnach ist im Falle der Ablösung der Hauszinssteuer dem Grundstückseigentümer ein Betrag in Höhe des gestundeten oder niedergeschlagenen Betrags zuzubilligen, soweit dem Mieter ein entsprechender Mietnachlaß gewährt wird. Diese Beträge dürfen insgesamt ein Drittel der Ablösungssumme für das betreffende Grundstück nicht übersteigen. Aus der Verordnung ist ferner zu erwähnen, daß der Steuerfuß vom 1. April d. J. an um 20 % des bisherigen Betrags vermindert wird. Aus dem Aufkommen aus der Hauszinssteuer für 1932 werden 25 Millionen Mark für den allgemeinen Finanzbedarf der preussischen Finanzverwaltung überwiesen, weitere 25 Millionen Mark werden zur Bauförderung bereitgestellt. Von dem noch verbleibenden Betrag werden für den allgemeinen Finanzbedarf 53 % verwendet, den Rest erhalten die Gemeinden, die durch die Unterstützung der vielen Wohlhabenderwerbseisen sich in großen finanziellen Schwierigkeiten befinden.

## Wirtschaftspolitisch

### Opel vollständig im Besitz der General Motors.

Aus New York kommt die Meldung, daß die General Motors Corporation die restlichen 20 % des Aktienkapitals der Opelwerke erworben hat. Die Familie Opel hat im Austausch dafür Aktien der General Motors erhalten. Im letzten Jahresbericht der General Motors wurden die Investitionen bei Opel mit 34,7 Millionen Dollar angegeben, gegenüber 26 Millionen Dollar im Jahre 1930.

## Zahl der preussischen Innungen und Innungsausschüsse.

Nach einer Veröffentlichung im Preussischen Ministerialblatt der Handels- und Gewerbe-Verwaltung bestanden in Preußen am 1. September 1931 3323 freie Innungen, 7377 Zwangsinnungen und 477 Innungsausschüsse. Die Zahl der freien Innungen ist gegenüber 1902 von 5582 Innungen um 2259 Innungen gefallen. Die Zahl der Zwangsinnungen stieg in dem gleichen Zeitraum von 2181 um 5196 Innungen. Im Juli 1902 wurden in Preußen 140 Innungsausschüsse gezählt. In der Zeit von Ende August 1929 bis 1. September 1931 sind 116 freie und 100 Zwangsinnungen aufgelöst oder geschlossen, dagegen 57 freie und 262 Zwangsinnungen errichtet worden.

## Sozialversicherung

### Wer hat Anspruch auf Familienhilfe?

Haben die Notverordnungen in bezug auf die Krankenversicherung im allgemeinen erhebliche Verschlechterungen gebracht, so sind doch hier und da auch Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Recht festzustellen. Eine derselben ist die, daß nunmehr die Familienhilfe zur Pflichtleistung erhoben worden ist, ihre Gewährung also nicht mehr in das Ermessen der Rassen gestellt ist. Gleichzeitig haben jedoch die bisherigen Bestimmungen über die Familienhilfe in materieller Hinsicht Einschränkungen erfahren. Nach dem alten Recht konnten die Rassen Familienhilfe (ärztliche Behandlung usw.) an sämtliche Angehörige des Versicherten gewähren, sofern diese nicht selbst als Mitglieder einen Anspruch auf Leistungen hatten. Nach dem neuen Recht ist die Gewährung von Familienhilfe durch das Gesetz ausdrücklich auf die unterhaltsberechtigten Ehegatten und die unterhaltsberechtigten Kinder beschränkt. Ueber den Begriff des „Ehegatten“ bestehen wohl keine Zweifel. Bemerkenswert ist jedoch ausdrücklich, daß die Ehegatten nicht in häuslicher Gemeinschaft zu leben brauchen. Es genügt, daß sie nach dem bürgerlichen Recht verheiratet sind. Durch die Ehe ist zwangsläufig die gegenseitige Unterhaltsberechtigung und auch die Unterhaltspflicht gegeben.

Schwieriger ist schon die Frage, welche Angehörigen unter den Begriff der Kinder fallen. Nach den Bestimmungen des § 205 der Reichsversicherungsordnung gelten als Kinder: 1. die ehelichen Kinder, 2. die für ehelich erklärten Kinder, 3. die an Kindes Statt angenommenen Kinder, 4. die unehelichen Kinder eines männlichen Versicherten, wenn seine Vaterschaft festgestellt ist, 5. die unehelichen Kinder einer Versicherten, 6. die Stiefkinder und die Enkel, wenn sie vor Eintritt des Versicherungsfalles von dem Versicherten überwiegend unterhalten worden sind. Die hier unter 1 bis 5 aufgeführten Kinder haben Anspruch auf Familienhilfe, ohne Rücksicht darauf, ob sie von dem Versicherten auch wirklich unterhalten worden sind. Es genügt hier vollkommen das Bestehen der Unterhaltsberechtigung. „Nur bei den unter Punkt 6 aufgeführten Stiefkindern und Enkeln genügt nicht das bloße Bestehen der Unterhaltsberechtigung. Es ist hier vielmehr ausdrücklich vorgeschrieben, daß sie vor Eintritt des Versicherungsfalles tatsächlich von dem Versicherten unterhalten worden sind. Weiter ist vorgeschrieben, daß sie „überwiegend“ von ihm unterhalten worden sein müssen. Wichtig ist weiter, daß die Zahlung der Rasse eine bestimmte Altersgrenze vorsehen kann, bis zu welcher die Kinder Anspruch auf Familienhilfe haben. Von dieser Ermächtigung haben fast alle Krankenkassen Gebrauch gemacht.

Kl.—s.

## Verständenes

### Wieviel nationalsozialistische Zeitungen gibt es?

Das „Nationalsozialistische Jahrbuch für 1932“ und private Nachprüfungen ermöglichen es einem Mitarbeiter der „Deutschen Presse“ einen Überblick über den Aufbau des nationalsozialistischen Presseapparates in Deutschland zu geben. Danach bestehen zur Zeit insgesamt 97 Zeitungen und Zeitschriften. Davon sind: 46 Tageszeitungen, 6 erscheinen halbwöchentlich, 38 wöchentlich, 1 halbmonatlich und 3 monatlich. Ferner erscheinen 1 illustrierte Zeitung und 2 Wochblätter. Wie man sieht, ist der nationalsozialistische Presseapparat bereits zu einer gewissen Bedeutung angewachsen. Wir sollen ihn nicht überschätzen aber auch nicht unterschätzen. Neben diesen reichsdeutschen Blättern, erscheinen auch solche im Auslande. In Danzig besteht eine Wochenzeitung, in Desterreich erscheinen 4 nationalsozialistische Wochenzeitungen. In den deutschen Sudetenländern (Tschechoslowakei) werden 1 Tageszeitung, 1 Halbwochenzeitung und 8 Monatschriften herausgegeben. Dazu kommen noch 2 halbmonatlich und 3 monatlich erscheinende Gewerkschaftsblätter, die der nationalsozialistischen Bewegung dienen. Mit den Gewerkschaftsblättern wird es keine besondere Bewandnis haben. Immerhin sieht man aus obigen Angaben, daß sich die nationalsozialistische Presse selbst über die Grenzen Deutschlands auszubreiten beginnt.

### Die eheliche Fruchtbarkeit in verschiedenen Ländern.

Der Geburtenrückgang ist in den meisten Ländern zur Lastige geworden. Die Bevölkerungszunahme geht viel langsamer vor sich als vor zwanzig oder gar fünfzig Jahren. Im neuesten Heft der Zeitschrift „Die Wirtschaftskatastrophen“ bringt Ernst Rahn aufschlußreiche Berechnungen von 22 Ländern. Nach der Kinderzahl geordnet steht der irische Freistaat mit 440 Kindern je Ehe an der Spitze. Es folgen Japan mit 413, Spanien mit 390, Italien mit 366, Polen mit 340 usw. Etwa in der Mitte bewegen sich Desterreich mit 250, die Tschechoslowakei mit 240, Dänemark mit 235, die Schweiz mit 223, Frankreich

mit 218, England mit 29. Die niedrigsten Geburtenziffern haben Belgien mit 199, Deutschland mit 196 und die Vereinigten Staaten mit 188. Nach der Geburtenziffer geordnet stehen die Länder Ukraine mit 340, Japan mit 330, Polen mit 328, Bulgarien mit 301, Spanien mit 290 und Italien mit 260 je 1000 Einwohner an der Spitze. Von 22 Ländern bewegen sich 15 unter dem Durchschnitt von 23,7. Darunter die Tschechoslowakei mit 22,7, Frankreich mit 18,1, Vereinigte Staaten mit 18,9, Deutschland mit 17,5, die Schweiz mit 17,1, Desterreich mit 16,8, England mit 16,3 und Schweden mit 15,4. Setzt man das Verhältnis der Geburten zu den Heiraten für 1913 = 100, so beträgt heute die Kinderzahl je Ehe in Japan 103,3, Frankreich 90,5, Italien 87,1, Holland 79,0, die Schweiz 68,8, Schweden 56,0 und Deutschland 53,8. Der Rückgang der Geburtenzahl Deutschlands fällt besonders auf. Die Länder mit katholischer Bevölkerung sind neben den Japanern am fruchtbarsten. Jedenfalls ist die Abneigung gegen das Kind eine internationale Erscheinung. Der kulturelle Höchststand einzelner Länder wird gekennzeichnet durch die Säuglingssterblichkeit. Diese war am höchsten in der Ukraine mit 15,7, es folgt Japan mit 14,2, Spanien mit 12,3, Italien mit 12; in Deutschland beträgt sie 9,6, in Holland 5,9 und in Schweden 5,7. In der Ukraine, also in dem gelobten Lande Sowjetrußlands, sterben drei mal so viel Säuglinge wie in Schweden. Der Geburtenrückgang ist zu einem internationalen Problem geworden.

## Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwillig.

### Angemeldet Patent.

Kl. 39 b. H. 118 806. Verfahren zur Herstellung von Imprägniermitteln, Firnissen, Schutzanstrichen und dergleichen. Edward Sidney, Hove, London.

### Gebrauchsmuster.

Kl. 9 a. 1 211 322. Pinselring für Malerringpinsel. Wilhelm Stollberg, Warbis am Harz.

### Erteilte Patente.

Kl. 22 h. 548 152. Verfahren zur Herstellung lack- und anstrichtechnisch vorteilhaft verwertbarer Produkte aus trocknenden fetten Ölen. Firma Theodor Rothhoff, Köln-Raderthal.

Kl. 75 c. 548 339. Schablonenhalter für Spritzapparate. Wilhelm D. David, Hamburg, Münchenerbergstraße 5.

## Literarisches

Die Frau im Leben der Naturvölker. Von Bruno Dösch. Urania-Freidenker-Verlag, G. m. b. H., Gena. Mit reichem Bildmaterial. Preis 1,20 M. In Ganselien 1,80 M. Vorgangsausgabe 2,40 M. Die Frau im Leben der Naturvölker hat bisher noch keine allgemeinverständliche Darstellung gefunden. Jetzt kommt der Urania-Freidenker-Verlag mit einer ausgezeichneten Arbeit heraus. In dem vorliegenden Büchlein werden gut ausgewählte Abschnitte aus den verschiedenen Lebensperioden der Frau bei den primitivsten Völkern geschildert. Wir hören vom kindlichen Mädchen, vom Mädchen nach der Keife, der Braut, der Gattin, der Frau als Mutter, der Greisin und dem ehelichen Mädchen. Besondere Aufmerksamkeit wird der Frau bei der Arbeit gewidmet. Die Bildausstattung ist reichlich und gut. Das Buch wird dem Verkauf seiner Leser finden.

Der „Kriminalroman“. Vierteljahrszeitschrift, 8. Jahrgang, 1932. 32 Seiten. Epigraphische Ausstattung von Jan Eickhoff. München. Verlag: „Der Bücherkreis“ G. m. b. H., Berlin SW 61. Preis 50 Pf. (Incl. Post). (Herausg. v. Werner Kollmann). In seinem Aufsatz „Kriminalroman und Gesellschaft“ immer wieder den sozialen Charakter des Verbrechens, so sehr es im einzelnen auch zunächst als individuelle Tat erscheinen mag. Ein anderer Aufsatz: „Stücker den Nullstellen des Kriminalromans“, von F. C. weist nach, daß der heutige Kriminalroman mit seiner Glorifizierung des Meißler-Deletts durch und durch das Produkt der bürgerlichen Gesellschaft ist. Von den zahlreichen belletristischen Beiträgen seien genannt: „Ein bewegter Tag“, von Karlus Berg (eine Episode aus den Revolutionskämpfen Warschaws im Jahre 1863); „Vebro kann es nicht begreifen“, von Landsträcker; „Eisgang“, von Karl Siebiger. Sehr vielversprechend ist auch der Beginn der neuen Ausdrucksweise: „Briefe an die Redaktion“.

Kommunismus und Sozialdemokratie. Von Karl Rautsch. Karl Rautsch untersucht das Problem „Kommunismus und Sozialdemokratie“ einer grundsätzlichen Untersuchung. Wieder handelt es sich um die Methode der historisch-materialistischen Analyse, die den prinzipiellen Gegensatz zwischen der sozialen Demokratie und der bolschewistischen Partei-Autorität offenbar werden läßt.

Im Verlag des Zentralverbandes der Angestellten (D. Urban), Berlin SO 36, Oranienstraße 40/41, erschien Heft 4 der „Arbeitsbildungsschriften, Die Grundlagen der wirtschaftlichen Arbeitslosenfrage“ von Rudolf Sponag. Berlin. Preis für Abn.-Mitglieder 1 M., für Nichtmitglieder 2 M. (64 Seiten). Der Mann aus der Praxis setzt sich mit den Problemen ausführlich und in volkstümlicher Weise auseinander.

Im Verlag von Julius Wolff, Langentala, Berlin, Leipzig, erschien: Leitfaden des Arbeitsrechts von Dr. Hermann Feilbach, Arbeitsgerichtsreferent in Offenbach a. M., unter Mitwirkung von Wilhelm Selbert, Staatsanwalt in Offenbach a. M. Preis 1,35 M. Das vorliegende kleine Werk soll in erster Linie dazu dienen, Lehrern und Schülern der Berufsschulen durch dieses Gebiet zu führen. Die Verfasser, Praktiker des Arbeitsrechts und der Schule, haben dem kleinen Werk nach Inhalt und Darstellung die richtige Form gegeben. In das vor allen Dingen, die sich in Schule und Beruf mit Arbeitsrecht zu befassen haben, von großem Nutzen sein dürfte.

Vom 3. April bis 9. April ist die 14. Beitragswoche. Vom 10. April bis 16. April ist die 15. Beitragswoche.

## Storbefehl

Erfurt. Am 6. März starb unser Kollege Theodor Wisleb im Alter von 56 Jahren an Gehirnhautentzündung. Unser langjähriges Mitglied, der Kollege Bernhard Böfel starb am 26. März im Alter von 58 Jahren an Nieren- und Leberleiden. Ehre ihrem Andenken!